



Pressemitteilung

Kleiststr. 23-26
10787 Berlin

Tel.: 030/326 904 37
Fax: 030/326 904 34
info@juberlin.de
www.juberlin.de

Berlin, 30. August 2013

Friedenspreisverleihung am Sonntag

Aachener Friedenspreisverleihung an Schulen ist falsches Signal!

Die Landesverbände der Jungen Union Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen zeigen sich sehr verwundert über die Verleihung des Aachener Friedenspreises an zwei Schulen in Berlin und Hessen, die per Beschluss der Schulkonferenz Unterrichtsbesuche der Bundeswehr untersagen. Eine zuvor nominierte Schule aus Düsseldorf lehnte die Annahme der Auszeichnung ab. Der Preis soll am Sonntag, den 1. September 2013, verliehen werden.

Hierzu erklären der Landesvorsitzende der Jungen Union Berlin, Christoph Brzezinski, der Landesvorsitzende der Jungen Union Hessen, Stefan Heck sowie der Landesvorsitzende der Jungen Union NRW, Paul Ziemiak:

„Die Verleihung des Aachener Friedenspreises an diese Schulen setzt, insbesondere durch ihre nicht nachvollziehbare Begründung, ein fatales Signal in der Öffentlichkeit. Es wird der Eindruck erweckt, die Bundeswehr werbe an den Schulen für die Militarisierung der Gesellschaft und nutze ihren Bildungsauftrag zu verdeckter Nachwuchswerbung. Dies ist schlichtweg falsch.

Ziel der Gespräche mit den Schülern durch Jugendoffiziere ist es, breite Informationen zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu geben, wodurch die Bundeswehr ihrer verfassungsmäßig vorgegebenen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit nachkommt. Den Schülern wird auf diese Weise doch gerade eine Möglichkeit eröffnet, sich kritisch mit den Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auseinanderzusetzen.

Wir wehren uns entschieden dagegen, dass mit der Preisverleihung und ihrer fehlgehenden Begründung der Verdacht genährt wird, die Bundeswehr werbe mit der Durchführung solcher Gesprächsangebote gezielt für Kriegseinsätze.

Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten in verschiedenen Krisengebieten einen immensen und riskanten persönlichen Einsatz zur Friedenssicherung. Ohne den Einsatz der Bundeswehr im Verbund der internationalen Gemeinschaft wäre auch die Bundesrepublik einer größeren und akuterer Bedrohungslage ausgesetzt. Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen deshalb unseren besondern Respekt und unsere Solidarität! Alle Demokraten sind aufgefordert, jede Form ideologischer Stimmungsmache gegen eine in unserer Verfassung verankerte zentrale Institution unserer wehrhaften Demokratie zu unterbinden.“

Pressekontakt:

Christoph Brzezinski (Landesvorsitzender) 0173 – 724 29 25
Ruben Schuster (Pressesprecher) 0173 – 944 27 70

presse@juberlin.de